



## NEWSLETTER APRIL

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit Winfried Kretschmann an der Spitze zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen. Dieser Erfolg zeigt, Grüne Regierungspolitik, die Wirtschaft und Ökologie zusammenbringt, ist mehrheitsfähig und bestärkt uns, die ökologische Transformation mit der Wirtschaft voranzubringen. In Sachsen-Anhalt ist Grünen unter sehr schwierigen Bedingungen mit dem Wiedereinzug in den Landtag ein respektabler Erfolg gelungen. In Rheinland-Pfalz dagegen könnte erfolgreiche Grüne Regierungspolitik hinter einem Spitzenduell Dreyer-Klößner nicht nachhaltig durchdringen. Auf jeden Fall sind Grüne weiter in allen 16 Landtagen vertreten und es sieht derzeit sogar nach Regierungsbeteiligungen in 10 Ländern aus.

Doch leider wird zukünftig mit der AfD auch eine rechtspopulistische, auf Hass und Ausgrenzung setzende Partei in den drei neu gewählten Landtagen sitzen. Die AfD schürt nicht nur Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Chauvinismus, sondern setzt auch weiter auf die Atomkraft und die klimaschädliche Braunkohle, bestreitet die Klimakrise und machte Politik für Großkonzerne. Wir Grüne stellen uns der Auseinandersetzung und werden zeigen, dass diese Partei ganz sicher keine „Alternative“ für Deutschland ist.

Neue, amtliche Zahlen belegen jetzt noch einmal: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland ist 2015 weiter gestiegen. Der Klimakrise begegnet die Bundesregierung mit keinerlei substanziellen Maßnahmen. Umso unverständlicher ist, dass sie bei einem der erfolgreichsten Klimaschutzinstrumente – dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG 2016) – durch ihre Novelle die Erneuerbaren und besonders die Bürgerenergie ausbremsen will.

Bei zwei Landwirtschaftsthemen versagt die Bundesregierung auf ganzer Linie. Auf Nachfrage bestätigt mir die Bundesregierung, dass im vergangenen Jahr über 48 Mio. männliche Küken qualvoll getötet wurden, weil sie keine Eier legen und zu wenig Fleisch ansetzen, doch Union und SPD wollen nichts zum schnellen Kükenschreddern-Stopp unternehmen. Auf unseren Äckern wird bald wieder das Pflanzengift Glyphosat massenweise versprüht. Die Weltgesundheitsorganisation stuft das Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Immerhin hat die EU eine Verlängerung der Glyphosat Zulassung vorläufig ausgesetzt. Doch leider steht die Bundesregierung, anders als andere Staaten, auf EU-Ebene nach wie vor auf der Seite der Agrarkonzerne und will Glyphosat weiterhin zulassen.

Das Bundesverkehrsministerium hat nach monatelanger Verzögerung vor wenigen Tagen den Bundesverkehrswegeplan und damit die Planungen für Erhaltung, Neu- und Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen in Bundesverantwortung für die kommenden Jahre vorgestellt. Doch beim genauen Hinschauen wird deutlich: Das Dokument ist eine unausgelegene Wunschliste für den Stra-

Benneubau. Klimaschutz und nachhaltige Mobilität sucht man vergebens. Statt in die Zukunft geht es damit zurück in die Verkehrspolitik der 1970er Jahren.

Doch lesen Sie am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter

Ihr/euer

Oliver Krischer

### ***Energie/Umwelt***

- 1) Schwarz-rote EEG-Pläne bremsen Erneuerbare aus
- 2) Falsche Klimapolitik – CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland steigt weiter
- 3) Erweiterung der Gaspipeline North Stream 2 wäre falsche energiepolitische Entscheidung
- 4) Belgische AKWs als Terrorziele?
- 5) Grüner Gesetzentwurf für mehr Erneuerbare Wärme
- 6) Kaffeekapseln: Schicker Trend, ökologischer Irrweg
- 7) US-Dynastie Rockefeller: Ausstieg aus Fossilen, Einstieg in Erneuerbare
- 8) Millionen Vögel verenden an Glasfassaden
- 9) Krude Positionen der AfD im Umwelt-, Energie- und Verkehrsbereich
- 10) Studie: Rekordhoch bei Investitionen in Erneuerbare – außer in Deutschland
- 11) Erklärvideo: Giftiges Quecksilber aus Kohlekraftwerken
- 12) Terminhinweis: Fachgespräch Quecksilber aus Kohlekraftwerken am 27.4. in Berlin
- 13) Schottland beendet klimaschädliche Kohleverstromung

### ***Agrar/ Ernährung***

- 14) Qualvolles Kükenschreddern gestiegen – Große Koalition guckt weg
- 15) Vorerst keine Glyphosat-Zulassung
- 16) Keine Wildtiere in den Zirkus
- 17) Tierversuche – EU-Richtlinie falsch umgesetzt

### ***Verkehr/ Bauen/ Wohnen***

- 18) Dobrindt legt Bundeverkehrswegeplan vor
- 19) Deutschlands marode Straßenbrücken
- 20) Abgasskandal: Ein halbes Jahr ohne Aufklärung
- 21) Carsharing: Dobrindt teilt nicht gern

### ***Energie/Umwelt***

#### **1) Schwarz-rote EEG-Pläne bremsen Erneuerbare aus**

Seit wenigen Tagen kursiert der Referentenentwurf der Bundesregierung zur Reform des Erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG 2016). Beim Durchschauen wird vor allem eines deutlich: Die Energiewende soll ausgebremst und die Bürgerenergie aufs Spiel gesetzt werden. Der vorgesehene Ausbaudeckel führt dazu, dass in wenigen Jahren netto mehr Windenergieanlagen ab- als neugebaut werden. Das ist das Gegenteil von Energiewende. Nach der Solar- und Biogasbranche will Gabriel mit dieser EEG-Novelle nun auch der Windenergie den Garaus machen. Zudem: Durch die Umstellungen auf Ausschreibungen für Erneuerbare-Kapazitäten müssen Investoren zukünftig in Vorleistung gehen – das können kleine Energiegenossenschaften oft nicht. Die Folge wäre nicht nur eine stark verlang-

samte Energiewende, sie würde nach und nach auch wieder in die Hände der Großkonzerne fallen. Dabei findet der Ausbau der Erneuerbaren Energien vor allem dann Akzeptanz, wenn die Projekte von Menschen vor Ort getragen werden. Deshalb brauchen wir die Bürgerenergie. Weitere Infos zum Referentenentwurf finden sich [HIER](#).

## **2) Falsche Klimapolitik – CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland steigt weiter**

Das Institut "Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft" (FÖS) hat den CO<sub>2</sub> Ausstoß 2015 errechnet. Ergebnis: Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen in Deutschland steigen. Wesentliche Ursachen hierfür sind der witterungsbedingt erhöhte Heizenergiebedarf (plus 4,7 Prozent Erdgasverbrauch), der gestiegene Braunkohleeinsatz im Kraftwerkssektor (plus 1 Prozent) und der gestiegene Absatz der emissionsintensiven Mineralölprodukte Diesel (plus 3,7 Prozent) und schweres Heizöl (plus 21,1 Prozent). Damit wird deutlich: Seit Jahren sinkt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland nicht. Die Erreichung des 40 Prozent Einsparzieles für Treibhausgasemissionen bis 2020 rückt so in immer weitere Ferne. Der Klimakrise begegnet die Bundesregierung mit keinerlei substanziellen Maßnahmen. Wie solche Maßnahmen aussehen könnten, finden sie in unserer Grünen [Weimarer Erklärung zum Klimaschutz](#) und [HIER](#).

## **3) Erweiterung der Gaspipeline North Stream 2 wäre falsche energiepolitische Entscheidung**

2015 hat der russische Energieversorger Gazprom den Ausbau der Nord-Stream-Pipeline vereinbart, mit der zusätzliches Gas aus Russland nach Deutschland geliefert werden soll. Mit der 1.200 km langen Pipeline soll die Kapazität der bestehenden Pipelines bis 2019 verdoppelt werden. Wenngleich die ersten beiden Stränge bisher nur zu 70% ausgelastet sind, sollen mit Nord Stream 2 zusätzliche 55 Mrd. Kubikmeter Gas pro Jahr nach Deutschland geliefert werden. Doch dies wäre eine energiepolitisch falsche Entscheidung. Wir müssen unabhängiger von autokratischen Regimen werden. Statt jährlich Milliarden den Herrschaften im Kreml zu überweisen, sollte das Geld in die heimischen Energieträger Wind und Sonne investiert werden. Damit bringen wir nicht nur die Energiewende voran, sondern schützen auch das Klima. Mit Fraktionskolleginnen und Kollegen habe ich dazu ein Positionspapier verfasst, welches sich [HIER](#) findet.

## **4) Belgische AKW als Terrorziele?**

Brände im Monats-Rhythmus, Risse im Reaktordruckbehälter, Funde von Weltkriegsbomben, ungeschultes Sicherheitspersonal, undichte Kühlwasserbehälter – die Skandalgeschichten der Atomkraftwerke in Belgien gleichen einer unendlichen – und besorgniserregenden – Geschichte. Damit nicht genug: Die belgischen Pannenreaktoren sind Ziele von Terroristen. Die Attentäter von Brüssel haben einen Mitarbeiter der belgischen Atomindustrie observiert und ein Djihadist arbeitete unbehelligt im Sicherheitsbereich des AKW Doel, wo ein schwerer Sabotageakt bis heute nicht aufgeklärt ist. Die Konsequenz der terroristischen Bedrohung kann nur sein, die AKW so schnell wie möglich abzuschalten. Dafür muss sich die Bundesregierung in Belgien endlich mit Nachdruck einsetzen. Weitere Infos [HIER](#).

## **5) Grüner Gesetzentwurf für mehr Erneuerbare Wärme**

Das Grüne Wärme-gesetz war Anlass einer Expertenanhörung im Bundestag zum Umbau der Wärmeversorgung in Deutschland. Um den Einsatz von Erneuerbaren Energien zur Wärmeversorgung voranzubringen, sieht unser Gesetzentwurf vor, dass Erneuerbare Energien nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand zumindest anteilig zum Einsatz kommen müssen. Die Expertinnen und Experten waren sich einig, dass die Bundesregierung selbst ihre eigenen, wenig ambitionierten Energiewende-Ziele verfehlen wird, wenn sie ihre Blockade-Haltung im Wärmebereich nicht endlich aufgibt. Mehr Infos zur Anhörung und unserem [Gesetzentwurf](#) finden sich [HIER](#).

## **6) Kaffeekapseln: Schicker Trend, ökologischer Irrweg**

Die bunten, glänzenden Kaffeekapseln sind im Trend. Leider – denn für die Umwelt bedeuten sie eine enorme Ressourcen- und Energieverschwendung. Die wenigsten VerbaucherInnen wissen, dass

sie auch noch unverhältnismäßig draufzahlen: Umgerechnet bis zu 80 Euro für ein Kilo Kaffeebohnen, ein horrender Preis. Dazu kommen dann auch noch Müllkosten: In Deutschland werden laut Stiftung Warentest jährlich mehr als drei Mrd. Kaffeekapseln verbraucht. Bei einem Gewicht von 1,7 – 3 Gramm pro Kapsel ergibt sich ein Müllberg von 5.000 – 9.000 Tonnen Aluminium und Plastik. In der Verpackungsverordnung ist die Entsorgung nicht geregelt, und wenn die Unternehmen nicht schnellstmöglich eigene Konzepte zum Ressourcenschutz und zur Müllvermeidung vorlegen, ist der Gesetzgeber gefragt. Helfen könnten dann beispielsweise ein Pfandsystem oder eine Umweltabgabe auf die Kapseln. Mehr Infos dazu [HIER](#).

### **7) US-Dynastie Rockefeller: Ausstieg aus Fossilen, Einstieg in Erneuerbare**

Große wie kleine Investoren verabschieden sich immer stärker von fossilen Energieträgern. Die Erben von Rockefeller haben die Zeichen der Zeit erkannt: Geld für fossile Energien ist sowohl klimaschädlich als auch eine riskante Fehlinvestition. Die Divestment-Bewegung gewinnt damit weiter an Kraft. Auch in Europa entziehen immer mehr Versicherungen und Pensionsfonds mit Weitblick Öl, Gas und Kohle die finanzielle Basis und investieren lieber in Erneuerbare Energien. Die Bundesregierung kann dieses Thema nicht aussitzen. Sie muss sich endlich um die Pensionsfonds kümmern, die sie betreut und eine bessere Transparenz von Geldanlagen durchsetzen. Weitere Infos [HIER](#).

### **8) Millionen Vögel verenden an Glasfassaden**

Große Glasfassaden an Gebäuden sehen schick aus – sind aber eine Todesgefahr für Vögel. Wie die Bundesregierung nun eingestehen muss sterben jedes Jahr in Deutschland mindestens 18 Mio. Vögel an Fenstern und Glasfassaden. Das sind 5% des Vogelbestandes. Der Bundesregierung ist dies bekannt. Doch statt dagegen tatsächlich etwas zu unternehmen, verweist sie lediglich auf ein Forschungsvorhaben. Der Tod von Millionen Vögeln jedes Jahr ist der Bundesregierung damit gerade mal einen Forschungsauftrag wert. Das ist ein Armutszeugnis. Um das millionenfache Vögel-Sterben zu beenden, muss die Bundesregierung endlich die gesetzlichen Grundlagen für technische Lösungen schaffen. Die Antwort der Bundesregierung und weitere Infos finden sich [HIER](#).

### **9) Positionen der AfD im Umwelt-, Energie- und Verkehrsbereich**

Für Atomkraft und Braunkohle, gegen Erneuerbare und „Panikmache“ beim Klimaschutz. Die AfD vertritt nicht nur in der Flüchtlingspolitik sondern auch in der Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik ein im wörtlichen Sinne konservatives Programm, welches sich besonders energiepolitisch an den CSU-Populismus-Sprech anlehnt. Bekäme die AfD Regierungsverantwortung, würde so ziemlich alles in der Umwelt-, Energie-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik über Bord geworfen, wofür Grüne seit 30 Jahren kämpfen. Häufig treten hier jedoch insbesondere Widersprüche mit dem zentralen Ziel des „Heimatschutzes“ auf. Mehr Infos und eine Analyse des umweltpolitischen Programms der AfD finden sich [HIER](#).

### **10) Studie: Rekordhoch bei Investitionen in Erneuerbare – außer in Deutschland**

Die weltweiten Investitionen in Erneuerbare Energien sind 2015 um 5% auf ein Rekordhoch von 286 Mrd. US-Dollar gestiegen, so eine der zentralen Ergebnisse eines [gemeinsamen Berichts](#) des Frankfurt School-UNEP Collaborating Centres und Bloomberg New Energy Finance. Rund um den Globus wurde demnach mehr als doppelt so viel in neue Kraftwerke auf Basis Erneuerbarer Energiequellen und Solarstrom-Kleinanlagen investiert, wie in Kohle- und Gaskraftwerke zusammen. Doch Deutschland rutscht immer weiter ab. Im Vergleich zum Vorjahr wurden hierzulande 47% weniger investiert, das geringste Investitionsvolumen seit 12 Jahren. Im Länderranking wird Deutschland von Indien überholt und rutscht auf Platz sechs ab. Grund für den Rückgang sind nach Auffassung der Studienauftragnehmer insbesondere Unsicherheiten bezüglich der künftigen Politik zu Erneuerbaren Energien wie z.B. der Wechsel von Einspeisetarifen zu Ausschreibungsverfahren im Jahr 2017. Die Studie ist damit nichts anderes als ein energiepolitisches Armutszeugnis für CDU/CSU und SPD.

### **11) Erklärvideo: Giftiges Quecksilber aus Kohlekraftwerken und Studie zu Quecksilber aus NRW**

Der Umweltverband NABU hat in einem Erklärvideo anschaulich auf die Gefahren durch Quecksilber aus Kohlekraftwerken aufmerksam gemacht. Denn: Braunkohle ist einer der gefährlichsten und dreckigsten Energieträger. Jedes Jahr stoßen die Kraftwerke Tonnen hochgiftiges Quecksilber aus, und das allein in Deutschland. Wir sind damit die traurigen Spitzenreiter in Europa. Und unter dem Nervengift leiden unsere Gesundheit und die Natur massiv. Das Video findet sich [HIER](#).

Wie das gefährliche Quecksilber konkret reduziert werden kann, zeigt die von NRW-Umweltminister Remmel veröffentlichte [Quecksilberminderungsstrategie für Nordrhein-Westfalen](#).

### **12) Terminhinweis: Fachgespräch Quecksilber aus Kohlekraftwerken am 27.4. in Berlin**

Quecksilber schadet der Gesundheit. Doch noch immer stoßen Deutschlands Kohlekraftwerke über sieben Tonnen jährlich aus. Die USA – wahrlich kein Hort des Umweltschutzes – zeigen wie es geht: Dort gelten strenge Quecksilbergrenzwerte. Laut einer [aktuellen Studie](#) der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dürfte in Deutschland lediglich noch ein Steinkohlekraftwerk laufen, würden hierzulande die gleichen Grenzwerte gelten. Darüber möchten wir gerne mit Expertinnen und Experten am 27. April im Bundestag diskutieren, wozu wir auch Sie herzlich einladen. Für weitere Infos und die Anmeldung finden sich [HIER](#).

### **13) Schottland beendet klimaschädliche Kohleverstromung**

Am 24. März wurde Schottlands letztes noch laufendes Kohlekraftwerk vom Netz genommen. Das Kohlekraftwerk Longannet besaß eine Kapazität von 2400 Megawatt und stand auf Platz 21 der klimaschädlichsten Kraftwerke in Europa. Mit der Stilllegung des Kohlemeilers beendet Schottland die klimaschädliche Kohleverstromung und setzt seinen Fokus immer stärker auf die Erneuerbaren Energien. Schottland ist damit eines der ersten Länder, welche ganz auf klimaschädliche Kohleverstromung verzichten. Mehr Infos [HIER](#).

## ***Agrar/ Ernährung***

### **14) Qualvolles Kükenschreddern gestiegen – Große Koalition guckt weg**

Allein zwischen 2014 und 2015 ist die Zahl der männlichen Küken, die direkt nach dem Schlüpfen getötet wurden, da sie weder Eier legen noch genügend Fleisch ansetzen, um 4 Mio. auf 48 Mio. gestiegen – so die niederschmetternde Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage. Noch vor einem Jahr kündigte sie an, dass qualvolle Kükenschreddern bis 2017 zu beenden, doch passiert ist bis heute nichts. Bündnis 90/Die Grünen haben bereits mehrere Anträge in den Bundestag eingebracht, diese sinnlose Praxis zu beenden, doch immer wieder stimmten CDU/CSU und SPD gegen ein Ende dieses Tötens. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

### **15) Vorerst keine Glyphosat-Zulassung**

Zum Glück: Die geplante Abstimmung der EU-Mitgliedsstaaten zur erneuten Genehmigung für 15 weitere Jahre des Pflanzengifts Glyphosat ist wenigstens verschoben. Vor der geplanten Abstimmung hatten die Umweltministerinnen aus den Niederlanden und Frankreich öffentlich erklärt, dass sie mit Nein stimmen beziehungsweise eine Verschiebung fordern würden. Italien schloss sich später an. Sieben weitere Staaten enthielten sich in der Probeabstimmung, darunter Deutschland. Formal abgestimmt wurde am Ende nicht. Wir sagen: Solange Zweifel an der gesundheitliche Unbedenklichkeit von Glyphosat fortbestehen und keine ausreichenden Maßnahmen und Beschränkungen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit auf EU-Ebene verankert werden, darf es keine Neuzulassung für die nächsten 15 Jahre geben. Mehr Infos [HIER](#).

### **16) Keine Wildtiere im Zirkus**

Wilde Tiere, wie Elefanten oder Bären, haben im Zirkus unserer Auffassung nichts zu suchen. Sie werden häufig in viel zu kleinen Gehegen und Käfigen gehalten und leiden unter den Transportbedin-

gungen. 2/3 der deutschen Bevölkerung lehnen inzwischen die Haltung von Wildtieren in Zirkussen zu Recht ab. Gemeinsam mit Tierschützern fordern wir darum seit langem ein Haltungsverbot bestimmter wildlebender, nicht domestizierter Tierarten im Zirkus. Der Bundesrat hat aktuell auf Initiative des Grün mitregierten Hessens erneut einen Vorstoß gemacht, bestimmte Wildtierarten in Zirkusunternehmen zu verbieten. Doch wie so oft im Tierschutz haben sich hier vor allem die CDU und CSU als Bremsklotz erwiesen und sich wegen der „leuchtenden Kinderaugen“ gegen mehr Tierschutz gesträubt. Mehr Infos dazu [HIER](#).

### **17) Bundesregierung versagt bei Umsetzung von EU-Tierschutzrichtlinie**

Ein von der Grünen Bundestagsfraktion in Auftrag gegebenes [Gutachten](#) belegt, dass wichtige europäische Bestimmungen zum Schutz der Tiere von der Bundesregierung nicht richtig umgesetzt wurden. An 18 Punkten hat die Bundesregierung die ohnehin laxen Bestimmungen der EU-Tierversuchsrichtlinie falsch umgesetzt und den Tierschutz noch weiter geschwächt. Landwirtschaftsminister Schmidt hat bereits über die Hälfte seiner Amtszeit mit Nichtstun vergeudet. Damit muss jetzt Schluss sein. Neben der Änderung des Tierschutzgesetzes muss er die Erforschung von Alternativmethoden zu Tierversuchen stärken und die Anerkennung sowie Anwendung beschleunigen. Mehr Informationen gibt es [HIER](#).

## **Verkehr/ Bauen/ Wohnen**

### **18) Dobrindt legt Bundeverkehrswegeplan vor**

Mit mehr als einem Jahr Verspätung hat Verkehrsminister Dobrindt Mitte März endlich den Entwurf für den neuen [Bundesverkehrswegeplan \(BVWP\)](#) vorgestellt. Doch beim genauen Hinschauen wird deutlich: Der Dobrindt-Plan ist eine Wunsch-dir-was-Liste für den Straßenbau. Die Schiene und der Erhalt der Infrastruktur werden stiefmütterlich behandelt. Klimaschutz und nachhaltige Mobilität sucht man vergebens. Statt in die Zukunft geht es zurück in die Verkehrspolitik der 1970er Jahren. Zudem: Diesen Entwurf hat der Verkehrsminister anscheinend gemacht, ohne sich innerhalb der Bundesregierung abzustimmen. Sogar Dobrindts Kabinettskollegin, Umweltministerin Barbara Hendricks kritisiert den Entwurf als nicht abgestimmt mit den Zielen Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Dank einer EU-Richtlinie muss das Ministerium die Öffentlichkeit am BVWP beteiligen. Seit dem 21. März können sich die BürgerInnen über [www.bvwp-projekte.de](http://www.bvwp-projekte.de) zu den Auswirkungen des Plans äußern. Diese Beteiligung darf nicht zur Farce und Bürgerbeteiligungsshow werden. Deshalb sollten möglichst viele Menschen diese Beteiligungsmöglichkeit nutzen. Wir wollen den BVWP-Entwurf vor Ort in vier Regionalkonferenzen diskutieren und erarbeiten, welche Möglichkeiten noch bestehen, um den Bundesverkehrswegeplan zu einer sinnvollen Planungsgrundlage zu machen. Weitere Infos dazu gibt es [HIER](#) sowie verschiedene [Regionalkonferenzen der Grünen – u.a. in Bonn](#) – mit weiteren Infos und Anmeldemöglichkeit. Wir Grünen haben mit dem [Bundesnetzplan](#) eine Alternative entwickelt. Wir wollen ein leistungstarkes Netz, das alle Verkehrsträger sinnvoll miteinander verknüpft und Deutschland intelligent in Europa einbindet.

### **19) Deutschlands marode Straßenbrücken**

Der schlechte Zustand der Straßen und Schienen in Deutschland steigt immer weiter an. Viele ahnen es schon lange: Hier läuft etwas gewaltig schief. Wie schlecht es wirklich um die deutsche Infrastruktur steht, weiß scheinbar nicht einmal die Bundesregierung, denn einen Bericht über deren Zustand zögert sie seit langem hinaus. Wir haben darum in mehreren kleinen Anfragen die Zustände von Straßenbrücken in Deutschland abgefragt und die Brücken der schlechtesten beiden Schadenskategorien markiert. Die Übersicht, die einzelnen Antworten und weitere Informationen finden sich [HIER](#).

### **20) Abgasskandal: Ein halbes Jahr ohne Aufklärung**

Am 22. September 2015 wurde öffentlich bekannt, dass VW ins Visier der US-Umweltbehörde geraten ist. Doch Verkehrsminister Alexander Dobrindt ist auch sechs Monate nach Bekanntwerden des Ab-

gasskandal nicht in der Lage oder willens, Transparenz zu schaffen und ernsthafte Konsequenzen zu ziehen. Immer deutlicher wird, dass dieser Skandal mitnichten nur VW betrifft sondern auch andere Automarken unerklärliche hohe Abgaswerte haben. Trotzdem verweigert sich Dobrindts Ministerium weiterhin einer raschen und lückenlosen Aufklärung des größten Abgasskandals in der Geschichte der Automobilbranche. Wir Grüne fordern darum die Bundesregierung in unserem aktuellen [Antrag](#) auf, die Kumpanei zwischen Bundesverkehrsministerium und der Automobilindustrie zu beenden und vor der Sondersitzung der Umweltministerkonferenz zu den Folgen des Abgasskandals am 7. April einen Zwischenbericht zu den Nachprüfungen von Diesel-Pkw vorzulegen. Mehr Infos zum Abgasskandal und unsere Forderungen finden sich [HIER](#).

### **21) Carsharing: Dobrindt teilt nicht gern**

Der Abgasskandal und die miserable Luftqualität in vielen deutschen Städten zeigen: Wir brauchen neue Konzepte für den städtischen Verkehr. Immer mehr Menschen fragen sich, brauche ich für meine Mobilität eigentlich noch ein eigenes Auto? Tatsächlich erleben wir eine neue Bewegung. Immer mehr Menschen nutzen das Rad, steigen in Bus und Bahn. Und immer öfter entscheiden sie sich für Carsharing – also das Teilen von Autos. Doch die Erfolgsgeschichte wird gebremst. Drei Verkehrsminister hintereinander – die Herren Tiefensee, Ramsauer und jetzt Dobrindt – zeigen sich unfähig, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, anhand derer Kommunen Carsharing-Parkplätze rechtssicher ausweisen können. Das ist keine Kleinigkeit, denn Carsharing-Anbieter, Kommunen und Kunden sind auf die Verlässlichkeit des Angebots angewiesen – und damit auf sichere Standorte. Dobrindt muss endlich ein Carsharing-Gesetz für Mobilitätsstationen im öffentlichen Straßenraum vorlegen. Mehr Infos gibt es [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.